

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 22. Oktober 2020, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Daniela Huber Notter
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg, Nina Siegenthaler, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Daniel Waldspurger

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler (ab 17:25 Uhr)

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

Stadträtin Darshikka Krishnanantham

Schluss der Sitzung

19:10 Uhr

Die **Stadtratspräsidentin** begrüsst zur Stadtratssitzung. Besonders begrüsst sie die neuen Stadratsmitglieder Christoph Lauener und Daniel Waldspurger der Fraktion SVP.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

104. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17. September 2020

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

105. Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt

Ersatzwahl für die zurückgetretene Daniela Weber (SVP) und Wahl eines neuen Präsidiums für die Sachkommission FIRU

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und Artikel 21 Geschäftsreglement des Stadtrats beschliesst:

In die Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt wird als Mitglied anstelle von Daniela Weber (SVP) per sofort gewählt: Daniel Waldspurger (SVP)

Als neuer Präsident 2020 der Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt wird per sofort gewählt: Serge Lanz (SVP)

106. Schulkommission

Wahl von Nicolas Glauser (glp) anstelle des zurücktretenden Eric Pitteloud (BDP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 11. September 2020, beschliesst:

1. Von der Demission von Eric Pitteloud per 31. Oktober 2020 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz wird Nicolas Glauser, geb. 1976, von Bern, Turn- und Sportlehrer 1+2, wohnhaft Blümlisalpstrasse 3, 3600 Thun, als Mitglied in die Schulkommission gewählt und zwar ab 1. November 2020 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

107. Verwaltungsunabhängige Revisionsstelle

Wahl und Auftragsvergabe externes Mandat für die Rechnungsprüfung (2020 bis 2023)

Martin Allemann, **BRK**, führt aus, dass die Anforderungen der Rechnungsprüfung mit dem Geschäftsführer des Verbandes Bernischer Gemeinden besprochen worden sind. Grund für das vorliegende Geschäft ist die anstehende Pensionierung der Finanzinspektorin. Aufgrund der gesetzlichen Regulierung drängt sich eine dualistische Organisation auf. Diese besteht aus einer internen Finanzkontrolle und einer externen Revisionsstelle. Der Stadtrat hat am 11. Juni 2020 den Grundsatzentscheid für die Einführung des dualistischen Systems getroffen. Das Ergebnis der Ausschreibung ist dem Bericht zu entnehmen. Im Juli 2023 muss entschieden werden, ob der Vertrag mit der Revisionsstelle verlängert wird. Bis zu diesem Zeitpunkt kann aufgrund des Inhalts und der Qualität des Erläuterungsberichts der Revisionsstelle beurteilt werden, ob das Mandat dereinst verlängert werden soll. Die BDO AG aus Burgdorf wurde als externe Revisionsstelle ausgewählt. Es wurde entschieden, dass die Revision intern vorbereitet werden soll. Die BRK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, den Antrag anzunehmen.

Martin Allemann, **Fraktion SP**, teilt mit, dass die Fraktion den vorliegenden Antrag ebenfalls einstimmig unterstützen wird.

Hanspeter Aellig (FDP) erachtet die Ausschreibung respektive das Einladungsverfahren als breit genug abgestützt und sorgfältig durchgeführt. Im Juli 2023 muss durch die entsprechenden Stellen entschieden werden, ob die Zusammenarbeit mit der BDO verlängert werden soll. Es ist entscheidend, dass rechtzeitig eine entsprechende Leistungsüberprüfung durchgeführt wird. Die FDP unterstützt das Geschäft einstimmig.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erläutert, dass die Fraktion den eingeschlagenen Weg unterstützt, der seine Richtigkeit hat und im Dezember mit der Anpassung des Finanzreglements zur Vollendung gelangen wird. Sie befürwortet die Wahl des verwaltungsunabhängigen Unternehmens BDO aus Burgdorf.

Andreas Kübli, **Fraktion glp/BDP**, sagt, dass über das Bedürfnis einer externen Revisionsstelle bereits gesprochen worden ist. Erfreut wurde zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat ein Einladungsverfahren durchgeführt hat, wodurch ein guter Partner gefunden werden konnte. Positiv ist weiter, dass eine interne Person die interne Revision leiten kann, wodurch das Wissen gesichert und weiterentwickelt werden kann. Wir wünschen uns, dass die definierten 400 Stunden nicht überschritten werden und die versprochene Kostenneutralität auch eingehalten werden kann. Durch die zusätzliche Belastung sollen auch keine weiteren Überzeiten auflaufen. Die Fraktion glp/BDP stimmt dem Antrag vollumfänglich zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass die Fraktion dem Antrag einstimmig zustimmen wird. Die interne Variante ist eine gute Lösung und es kann Knowhow aufgebaut werden. Im Übrigen war im Auswahlverfahren nicht der Preis allein ausschlaggebend. Man wählte das Unternehmen, welches bei der Qualität den ersten Rang verzeichnen konnte.

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, verkündet, dass die Fraktion dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen wird.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinsamen Bericht Gemeinderat und BRK vom 11./17. September 2020

beschliesst:

1. Verwaltungsunabhängige Revisionsstelle: Die Firma BDO AG, Burgdorf, wird als Rechnungsprüfungsorgan für die Rechnungsjahre 2020 bis und mit 2023 gewählt (Variante 2: Vorarbeiten der «Internen Revision» im Umfang von 400 Arbeitsstunden pro Jahr; gemäss Offerte zum Preis von 22'400 Franken inkl. MWST pro Jahr).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

108. Umnutzung eines Feuerwehrmagazins in ein Quartierzentrum

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'590'000 Franken für die wertvermehrenden Massnahmen zur Umnutzung des Feuerwehrmagazins in ein Quartierzentrum

Gemeinderat Konrad Hädener erläutert, dass es sich vorliegend um einen nicht unerheblichen Kreditantrag handelt. Man kann sich fragen, ob das bestehende Angebot den Wert hat, dass man es weiterführen soll. Ansonsten gäbe es ein Einsparpotential und man könnte den Kredit ablehnen. Der Gemeinderat ist jedoch der Ansicht, dass sich das Angebot bewährt hat. Es soll auch um ein Angebot im Bereich der Altersarbeit ergänzt werden. Soziale Spannungen sollen vermieden werden können. Anschliessen kann man sich fragen, ob die Angebote nicht auf der Schulanlage durchgeführt werden könnten. Dies könnte zwar grundsätzlich gemacht werden. Treiber dieses Geschäfts sind aber gerade räumliche Enghissen im Bereich der Schule. Ein Ausbau bei der Schule würde zu einem Kreditgeschäft führen, welches ein Mehrfaches betragen würde wie das heute beantragte Geschäft. Auch müsste der Platz, der nun im Feuermagazin genutzt werden soll, auf dem Schulareal angebaut werden. Es würde komplizierter, weil schon zu wenig Raum in den Schulanlagen vorhanden ist. Man riskiert, dass man den Grünraum, den man auf der Schulanlage erhalten hat, opfern müsste. Mit der Auslagerung kann eine räumliche Entlastung erzielt werden. Weiter kann man sich fragen, ob es das Feuerwehrmagazin sein muss und ob es nicht günstigere Möglichkeiten gäbe. Gemeinsam mit dem Lerchenfeldleist konnte kein anderes Angebot gefunden werden. Fragen kann man sich zudem, ob die Renovation des Feuerwehrmagazins nicht günstiger möglich wäre. Man muss eine Aufstockung vornehmen, um den räumlichen Anforderungen gerecht zu werden. Ansonsten könnte das Angebot nicht im geplanten Umfang realisiert werden. Mit den baulichen Anforderungen auch mit Blick auf die gängigen Energiestandards ist der Preis angemessen. Eine Kostenoptimierung wurde ausgeführt. Die baulichen Folgekosten wurden ausgewiesen. Es gibt darüber hinaus keine weiteren versteckten Kosten, welche man heute nicht schon hat. Es werden dieselben Mitarbeitenden mit denselben Anstellungsmodalitäten weiterbeschäftigt. Die Altersarbeit soll mittels Freiwilligen funktionieren. Er korrigiert den vorliegenden Stadtratsbericht dahingehend, dass für die Wärmeversorgung keine Erdwärmepumpe, sondern eine Grundwasserwärmepumpe geplant ist, da eine Erdwärmesonde nicht bewilligungsfähig wäre.

Michelle Marbach, **SAKO B+L**, führt aus, dass der Auslöser für dieses Geschäft der dringend benötigte Schulraum im Lerchenfeld war. Eine Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass das bereits bestehende Quartierzentrum den Schulbetrieb stark einschränkt. Mit dem Feuerwehrmagazin konnte eine Lösung für die Auslagerung gefunden werden. Der geplante generationenübergreifende Aspekt überzeugt und ist einmalig. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Projekt in anderen Quartieren Begehrlichkeiten erweckt. Der Bau weiterer solcher Zentren ist nicht geplant und es muss geprüft werden, ob sich das Konzept überhaupt bewährt. Es sollen keine neuen Stellen geschaffen werden, sondern die bestehenden

verlegt werden. Der private Parkplatz daneben ist bis 2021 im Baurecht vergeben und der Vertrag soll danach nicht mehr erneuert werden. Es ist grundsätzlich keine Kritik an der Idee des Quartierzentrums geäussert worden. Diskutiert wurde über die Notwendigkeit und die Konsequenzen wie die Folgekosten und die Begehrlichkeiten anderer Quartiere. Das Geschäft wurde mit 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, erläutert, dass die Fraktion das bestehende Projekt weiterführen will. Es geht um Kinder- und Jugendarbeit, Quartierarbeit und die Vernetzung der Generationen. Ein Quartierzentrum bietet die Möglichkeit, das Quartier mehr zu beleben. Es stellt primär eine Dienstleistung an die Bevölkerung dar und soll bei gelungenem Betrieb künftig auch Kosten sparen. Denn Vereinsamung und mangelnde Integration bringen auch Kosten mit sich. Trotz der grundsätzlichen Zustimmung führte das Geschäft zu einer grossen Diskussion. Es handelt sich um einen grossen Betrag, in einer Zeit, in welcher die Stadt Thun viele Ausgaben zu tragen hat. Das Projekt ist aber auch eine Chance für Thun, um den Zusammenhalt der Bevölkerung zu stärken. Dies ist in der heutigen Zeit noch wichtiger. Die Fraktion nimmt den Verpflichtungskredit einstimmig an.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass die Notwendigkeit einer Handlung für den Schulraum im Lerchenfeld anerkannt wird. Das Feuerwehrmagazin scheint für das Angebot geeignet zu sein. Das Angebot ist qualitativ gut. Die Fraktion fragte sich, ob überhaupt eine Nachfrage besteht. Es ist jedoch eine gute Nutzungsauslastung zu verzeichnen. Auch wenn der Preis hoch ist, wird dem Verpflichtungskredit zugestimmt. Die Benutzung soll koordiniert ablaufen zwischen den Vereinen und der Stadt. Auch eine Tagesnutzung wird künftig häufiger möglich sein. Dieses Zentrum könnte Begehrlichkeiten in anderen Quartieren auslösen. Dies müsste dann analysiert werden. Das Geschäft zur Schulsanierung liegt dem Stadtrat noch nicht vor. Rein theoretisch ist es möglich, dass dieses abgelehnt wird. Fraglich ist, ob man dann auf den heutigen Entscheid zurückkommen würde.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, teilt die Meinung, dass die Sanierung des Schulhauses Lerchenfeld hohe Priorität hat. Am jetzigen Standort braucht es mehr Platz und Raum. Eine gute Lösung konnte gefunden werden. Das Bedürfnis diesbezüglich ist sicherlich geben. Die Kosten dieses Projektes sind übersichtlich dargestellt und für einen Bau dieses Umfangs angemessen. Das Lerchenfeld-Quartier hat sich durch Eigeninitiative die Grundlage für ein eigenes Quartierzentrum erarbeitet. Die Stadt wird mit dem heutigen Beschluss nicht verantwortlich, dass ein solches in jedem Quartier eingeführt werden muss. Dies muss vor allem durch Eigeninitiative entstehen. Es soll primär ein Milizprojekt sein und sich als solches weiterentwickeln. Es handelt sich beim vorliegenden Projekt um eine gelungene Lösung. Die Stadt hat zum richtigen Zeitpunkt das richtige Objekt gefunden. Die Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, führt aus, dass die Schulanlage im Lerchenfeld prioritär saniert werden muss. Das Jugend- und Quartierzentrum ist in die bestehende Schulanlage eingegliedert. Dies soll entflechtet werden und so kann mehr Platz für die Schulanlage gewonnen werden. Dieses Angebot benötigt nicht jedes Quartier. Es ist richtig, dass das Angebot nicht gestrichen wird, sondern dass man nach einem neuen Standort gesucht hat. Der gefundene Standort ist gut und zentral. Er wird mehr Belebung bringen. Es ist begrüssenswert, dass keine neuen Stellen geschaffen werden müssen. Im Feuerwehrmagazin besteht keine Infrastruktur und diese muss neu aufgebaut werden. Auch die Aufstockung und die geplante Photovoltaikanlage sind begrüssenswert. Die Kosten sind hoch aber angesichts der vorzunehmenden Massnahmen angemessen. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Hanspeter Aellig (FDP) findet, dass das Projekt im Grundsatz stimmig und nachvollziehbar ist. Es wird davon ausgegangen, dass die Bedürfnisse abgeklärt und in das Projekt eingeflossen sind. Eine Sanierung der Schulanlage Lerchenfeld steht prioritär auf der Agenda. Gemeinderat Hädener konnte alle Fragen der FDP beantworten. Die FDP wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion die Umnutzung des Feuerwehrmagazins in ein Quartierzentrum begrüsst. Es ist lobenswert, dass der Gemeinderat die Jugendarbeit als sehr wichtig einschätzt. Eine Machbarkeitsstudie zeigt schlüssig auf, dass der aktuelle Standort ungünstig ist. Das Projekt ist vorausschauend und es ist richtig, dass jetzt gehandelt wird. Es wird begrüsst, dass die bestehende Bausubstanz genutzt und darauf aufgebaut wird. Dies ist ökologisch sinnvoll. Die Idee, dass weitere Angebote für andere Bevölkerungsgruppen geschaffen werden, wird unterstützt. Die Kosten sind für die Grösse des Gebäudes verhältnismässig. Die Planung einer Photovoltaikanlage ist zeitgemäss und richtig wie auch die Nutzung des Grundwassers mit einer Wärmepumpe. Die Fraktion wird dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Konrad Hädener gibt bekannt, dass die Sanierung der Schulanlage Lerchenfeld nach der Sanierung der OS Strättligen zweite Priorität hat. Dieses Geschäft wird wohl nicht allein in der Kompetenz des Stadtrats liegen, sondern auch noch dem Volk vorgelegt werden müssen. Heute wird über freiwillige Arbeit entschieden. Die Zurverfügungstellung von geeignetem Schulraum ist aber keine freiwillige Aufgabe. Dies heisst nicht, dass eine konkrete Vorlage nicht kritisiert werden könnte. Grundsätzlich ablehnen und verweigern kann man die Sanierung aber nicht. Betreffend Milizsystem wird ein hohes Potential gesehen. Wichtig ist, dass eine Tagesnutzung gegeben ist. Aktuell ist die Nutzung auf den Abend beschränkt. Dies schränkt die Einsatzbereitschaft gerade von älteren Leuten ein.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 11. September 2020,

beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 1'590'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung Verpflichtungskredit Nr. 2210.5040.006 (Bilanz-Konto Nr. 14040.01.01) für die bauliche Umnutzung der Liegenschaft Lerchenfeldstrasse 34a.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

109. Dringliches Postulat P 13/2020 betreffend vorstädtischen Wohnsitz an der Allmendstrasse 32

Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG vom 20. August 2020; dringliche Beantwortung

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass der Gemeinderat angefragt worden ist, ob das Gebäude an der Allmendstrasse 32 von der Stadt gekauft werden kann und einer öffentlichen und publikumsorientierten Nutzung zugeführt werden kann, weil die Liegenschaft seit längerer Zeit leer steht und gemunkelt worden ist, dass das Gebäude abgerissen werden soll. Bei der Stadt Thun besteht ein grosser Mangel an zentralem und bezahlbarem Raum für Ateliers, Bandräumen und Räumen mit Sälen für beispielsweise Podien. Erfreulich ist, dass der Antwort des Gemeinderates zu entnehmen ist, dass das Haus weiterbestehen soll. Es wurde von einem regionalen Architekturbüro aufgekauft und es soll saniert und erhalten werden. Der Bedarf nach zentralen, öffentlichen Räumlichkeiten besteht aber weiterhin. Das Amt für Stadtliegenschaften wird gebeten, die Augen für solche Liegenschaften offen zu halten. Die Fraktion ist für die Annahme des Postulats bei gleichzeitiger Abschreibung.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) erörtert, dass es nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, schöne wertvolle Gebäude teuer zu sanieren und günstig zu vermieten. Es besteht kein Mangel bei den genannten Nutzungsmöglichkeiten. Es bestehen genügend Räumlichkeiten für die publikumsöffentliche Nutzung.

Diese sind nicht direkt im Stadtzentrum, aber gut erreichbar. Auch im Stadtzentrum gibt es genügend Räume für die vorgeschlagene Nutzung. Diese sind für die Stadt meist unrentabel und könnten eine bessere Ausnutzung haben. Die FDP nimmt das Postulat an unter gleichzeitiger Abschreibung.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, begrüsst, dass die Stadt Ausschau hält nach Liegenschaften, die erworben werden können. Die Stadt muss aber keine Liegenschaften kaufen, um sie als Baudenkmal zu erhalten. Die Denkmalpflege greift hier genügend ein. Das Gebäude an der Allmendstrasse 32 ist auch denkmalgeschützt. Die vorgeschlagenen Nutzungsmöglichkeiten sind nicht zu vereinbaren mit Gebäuden, welche sich im Finanzvermögen der Stadt befinden. Das Gebäude ist verkauft und damit ist dies erledigt. Die Fraktion plädiert für Annahme und Abschreibung.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, befürwortet, dass das Gebäude nicht in das Finanzvermögen der Stadt aufgenommen wird. Mit Bauprojekten ist die Stadt in den nächsten Jahren gut ausgelastet. Die Liegenschaft verdient es, ordentlich in Stande gestellt zu werden und auf eine geeignete Art genutzt zu werden. Das Objekt wurde vor kurzem überschrieben und ist damit in guten Händen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass das Haus an der Allmendstrasse 32 verkauft worden ist. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates folgen und das Postulat annehmen und gleichzeitig anschreiben. Es bleibt ein Bedarf für innovative Projekte von Kultur- und Kunstschaaffenden. Es ist schwierig, solche Räume für einen erschwinglichen Preis zu finden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

110. Dringliches Postulat P 14/2020 betreffend Einpflanzen der zwei Eichen des Kunstprojektes «Insel in der Stadt» auf dem Viehmarktplatz

Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion glp/BDP vom 20. August 2020; dringliche Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, findet die Übergangslösung mit den Bäumen in Trögen inklusive Sitzgelegenheit sehr gut. Fraglich ist, ob die Bäume in diesen Gefässen über mehrere Jahre auch gerade in den Wintermonaten überleben können. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) teilt mit, dass obwohl in den letzten Jahren betreffend Planung des Viehmarktplatzes nicht viel passiert ist oder der Gemeinderat diesbezüglich schlecht kommuniziert hat, dieser nun in seiner Argumentation überzeugt. Das Projekt Gartentor war vorübergehend eine gute und originelle Nutzung. Eine künftige, langfristige Nutzung bedarf eines Konzepts. Eingepflanzte Bäume würden eine künftige Nutzung präjudizieren. Die FDP nimmt das Postulat unter gleichzeitiger Abschreibung an.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, ist der Ansicht, dass das Kunstprojekt des Künstlers Gartentor den Viehmarktplatz belebt hat. Um sich die künftige Planung nicht zu verbauen, und Bauprojekte in der Umgebung anstehen, kann mit den neu aufgebauten Gefässen gut gelebt werden. Die Bäume passen gut an den Standort. Eine definitive Nutzung auf diesem Platz wäre begrüßenswert. Vielleicht ist es aber auch interessant, wenn man ihn mit verschiedenen Projekten aufwerten kann. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, erörtert, dass die Prüfung erfolgt ist und die Bäume temporär aufgestellt worden sind. Die Fraktion freut sich über Bäume, noch mehr, wenn sie definitiv angepflanzt werden. Die Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates Folge leisten.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet das Bild des Viehmarktplatzes mit den Bäumen optisch schön. Eine sich abwechselnde Nutzung auf dem Viehmarktplatz ist denkbar. Das Anliegen ist geprüft und die temporäre Anbringung der Bäume verhindert künftige Gestaltungen nicht. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Gemeinderat Konrad Hädener teilt mit, dass die Bäume unter diesen Bedingungen auch über mehrere Jahre überlebensfähig sind. Die Bäume haben nicht nur einen ökologischen, sondern auch einen finanziellen Wert. Die Stadt möchte nicht Bäume in dieser Grösse destruieren. Sie werden auch später Verwendung auf dem Stadtgebiet haben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

111. Postulat P 7/2020 betreffend Tempo 30 für sichere Schulwege

Fraktionen Grüne/JG, SP und EVP+EDU+CVP vom 7. Mai 2020; Beantwortung

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, führt aus, dass es trotz den Arbeiten im Sommer noch Kindergärten gibt, bei welchen es keine Signalisation am Boden gibt und der Eingang des Kindergartens ohne Bürgersteig auf die Strasse führt. Das Unfallrisiko ist nachweislich tiefer beim Tempo 30. Bei der Sicherheit der Schulwege soll kein Kompromiss eingegangen werden. Fast jeder dritte Schulstandort in Thun grenzt aber an eine Strasse mit Tempo 50. Die Fraktion begrüsst, dass im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts 2035 die geltenden Höchstgeschwindigkeiten unter die Lupe genommen werden. Es ist aber unverständlich, wieso die bereits erlangten Ergebnisse hierzu nicht mitgeteilt werden. So lange keine Resultate vorliegen, ist der Prüfauftrag nicht erledigt, weshalb die Fraktion die Abschreibung des Postulats nicht unterstützt.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist froh, dass sich Tempo 30 mehr und mehr durchsetzt. Kinder sind verspielt und sie sollen das auch sein. Vor und nach dem Unterricht ist die nähere und weitere Umgebung der Schule ein Treffpunkt für Kinder und Jugendlichen. Sie pflegen Freundschaften, vereinbaren Treffen und tragen Differenzen aus. Dass sie dabei in ihrem eigenen Film sind, ist verständlich und wichtig für ihre Entwicklung. Deshalb verdient die Sicherheit der Schulwege besondere Aufmerksamkeit. Tempo 30 ist ein wichtiges und einfach umsetzbares Instrument, um die Umgebung von Schulen und Kindergärten sicherer zu gestalten. Niedriges Tempo hilft zudem, den Lärm zu reduzieren und die Umwelt zu schonen. Die Fraktion begrüsst die geplante Überprüfung der Höchstgeschwindigkeiten im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts. Mehr Sicherheit für Fussgänger*innen sowie Fahrradfahrer*innen ist das Ziel von allen. Prävention ist ein wichtiger Teil der Sicherung der Schulwege. Der Verkehrskundeunterricht ist unerlässlich und auch Familien können ihren Beitrag zum verantwortungsvollen Verhalten im Strassenverkehr beitragen, indem sie im Alltag oft zu Fuss oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Geschwindigkeitskontrollen sollen häufiger in der Nähe von Schulen durchgeführt werden. Aufgrund von gefährlichen Situationen insbesondere am Morgen und Abend soll eine Signalisation «Achtung Kinder» bei Kindertagesstätten geprüft werden. Die Prüfung des Postulats ist zu einem Teil erfolgt. Die Abschreibung macht erst Sinn, wenn die Schulstandorte vertieft abgeklärt worden und entsprechende Massnahmen umgesetzt worden sind. Die Fraktion nimmt das Postulat an und wird nicht es nicht abschreiben.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet es begrüßenswert, dass sich 70 % der Schulstandorte in Thun in reinen Tempo 30 Zonen befinden. Die übrigen 11 Standorte haben eine nähere Betrachtung und Optimierung verdient. Die Fraktion erwartet in der nächsten Zeit Informationen und Analysen über diese Standorte und konkrete Massnahmen. Die Fraktion wird das Postulat annehmen aber nicht abschreiben.

Simon Werren, **Fraktion glp/BDP**, erachtet sichere Schulwege als sehr wichtig. Ob die Schulwege nur mit Tempo 30 sicherer werden, ist fraglich. Es braucht zusätzliche Anstrengungen. Die gesamte Verkehrssituation und der Strassenraum sind zu betrachten. Mit den neu umgesetzten Markierungen und der Verbesserung der Signalisation wird ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Eine Vereinheitlichung scheint sinnvoll. Es sind die gleichen Massstäbe bei allen Schulen anzuwenden. Auch bei neuen Strassenprojekten sollen entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Viele Schulstandorte befinden sich bereits in Tempo 30 Zonen. Die Fraktion ist einverstanden, wenn die verbleibenden Standorte geprüft werden. Ob die Umsetzung auf Tempo 30 überall Sinn macht, wird sich zeigen. Betreffend Minitrottinette wäre er froh, wenn man den Kindern sagen könnte, wie man mit diesen umgeht, da er diesbezüglich schon häufig gefährliche Situationen angetroffen hat. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Markus van Wijk (FDP) findet Tempo 30 im Raum der Schulanlagen richtig und dies führt zwangsweise zu einer Risikoverminderung im entsprechenden Perimeter. Die meisten der Schulanlagen befinden sich in Tempo 30 Zonen. Im Rahmen der weiteren Umsetzung wird auf smarte Signalisationslösungen gehofft. Die verbleibenden zwei Fälle Allmendingen und Goldiwil sind erwähnt und begründet. Die FDP ist der Meinung, dass solche Massnahmen die Verkehrserziehung durch Eltern, Schule und Polizei nicht ersetzen können. Die Schulwege sind meist nicht im Bereich der Schulhausperimeter. Ein Kind muss zwingend mit der vorhandenen Verkehrssituation umgehen können. Verkehrsbeschränkungen dürfen nicht eigenverantwortliches Handeln der Verkehrsteilnehmer reduzieren oder ersetzen, sondern müssen dieses ergänzen. Die FDP wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, unterstützt die Sicherheit der Schulwege. Die Stadt nimmt ihre Verantwortung im Bereich Sicherheit wahr. Auch bei neuen Projekten geniesst Sicherheit viel Aufmerksamkeit. Die Sicherheit auf den Strassen wird auch von den Verkehrsteilnehmern bestimmt. Die Stadt kann mit technischen Mitteln die Sicherheit erhöhen. Das eingereichte Postulat zeigt gut auf, dass die Stadt ihre Rolle ernst nimmt und diesbezüglich kein Handlungsbedarf besteht. Die baulichen Massnahmen sind teilweise bereits umgesetzt oder werden umgesetzt. Da die Prüfung schon erfolgt ist und weitere Arbeiten im Gang sind, folgt die SVP dem Gemeinderat mit Annahme und gleichzeitiger Abschreibung.

Gemeinderat Konrad Hädener ist der Meinung, dass man nicht nur auf die signalisierte Maximalgeschwindigkeit schauen sollte, da diese nicht Garant für sichere Schulwege ist. Sie kann einen wesentlichen Beitrag leisten, aber es ist nicht allein der Ausschlag gebende Punkt. Es wurden andere Sicherungsmassnahmen getroffen wie Lichtenanlagen oder Fussgängerstreifen. Umgekehrt kann die Abwesenheit von Tempo 30 Signalisationen nicht den Ausschlag geben, dass eine Situation a priori unsicher ist. Betreffend Abschreiben hat er Verständnis, dass der Stadtrat zuerst die Prüfungsergebnisse abwarten und beurteilen will. Der Gemeinderat empfiehlt die Abschreibung deshalb, weil die Betriebs- und Gestaltungskonzepte nicht von einem Tag auf den anderen erarbeitet werden können. Wenn der Stadtrat von den geplanten Massnahmen nicht überzeugt ist, wird es einfach etwas länger dauern und es muss geprüft werden, wie die Berichterstattung erfolgen kann. Betreffend Kindergarten an der Bleichstrasse werden Abklärungen getroffen. Es ist so, dass eine Tempo 30 Zone grundsätzlich einfach umzusetzen ist. Wenn eine Verkehrsmassnahme publikationspflichtig ist, wird aber die Zustimmung des Kantons benötigt. Dieser beurteilt die Sachlage nach fachlichen Kriterien und kann demnach zu einer anderen Auffassung als die Stadt kommen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Gestaltung des Verkehrsraums das Verhalten der Verkehrsteilnehmer positiv beeinflussen kann, aber dies reicht nicht

aus. Ebenso wichtig ist die Verkehrserziehung in Schule und Familie, aber darüber hat der Gemeinderat keine direkte Kontrolle.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 26 : 13 Stimmen nicht ab.

112. Interpellation I 4/2020 betreffend Viehmarktplatz, Kunstprojekt „Insel in der Stadt“

Reto Schertenleib (SVP) vom 2. Juli 2020; Beantwortung

Reto Schertenleib (SVP) erklärt sich von der Beantwortung teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Reto Schertenleib (SVP) führt seine Sicht ausführlich aus. Über die Frage, was Kunst ist, lässt sich wohl nicht streiten. Ob es sich bei der Wiese um Kunst handelt oder nicht ist für ihn fraglich. Es wurde betont, dass der Künstler das Projekt eigenverantwortlich finanzierte. Die Stadt hat immerhin die Bäume kostenlos zur Verfügung gestellt, Arbeitsaufwand des Tiefbauamtes wurde geleistet, Kulturfördergelder ausbezahlt, das Marketing übernommen und nun wird sie die verbliebenen Wiesenkästen kaufen. Unter diesen Umständen ein Projekt eigenverantwortlich zu finanzieren, wäre auch er in der Lage. Nicht ausgewiesen ist die Leistung, dass der Künstler das Holz mehrere Monate bei der Stadt kostenlos einlagern durfte. Eine weitere Tatsache ist, dass das notwendige Gesuch nicht in den üblichen Fristen eingereicht worden ist, aber doch durchgewinkt wurde. Normalerweise ist ein solcher Antrag vier Monate vor Projektstart einzureichen. Aufgrund von Corona wurde diese Frist auf einen Monat herabgesetzt. Das Gesuch wurde aber knapp 14 Tage vor Projektbeginn eingereicht. Er hat nichts gegen das Projekt einzuwenden, er mag die Wiese sogar. Die Summe der Besonderheiten und Ausnahmen in der Entstehung und das Ausmass der Unterstützung in materieller und finanzieller Hinsicht hinterlassen aber einen schalen Nachgeschmack. Er wird den Eindruck nicht los, dass gewisse Institutionen und Personen Privilegien geniessen. Dies stört den Gerechtigkeitssinn. Grossartig ist, wie überraschend schnell, unkompliziert und formlos das behördliche Agieren auch directionsübergreifend funktionierte. Dies sollte häufiger so gemacht werden. Es zeugt nicht von Respekt, dass man in der Medienmitteilung verlauten liess, dass es bis jetzt an zündenden und tragfähigen Projektideen fehlte. Diese Wiese taugt nur bedingt als Gradmesser für die künftige Nutzung. Mit der IG Innenstadt konnte jemand gefunden werden, der interessiert ist, den Viehmarktplatz zu entwickeln. Die IG Innenstadt ist nach wie vor interessiert und teilte vor einiger Zeit lediglich mit, dass aus Kosten- und Nachhaltigkeitsgründen eine fixe und nicht vorübergehende Nutzung bevorzugt wird, sobald die zonenplanerischen Grundlagen geschaffen sind. Dies ist nachvollziehbar. Darin sieht man, dass der unternehmerische Ansatz ein anderer ist als der künstlerische. Es ist unabdingbar, dass die Planung des künftigen Viehmarktplatzes jetzt an die Hand genommen wird und nicht zugewartet wird, bis die Ortsplanungsrevision abgeschlossen ist. Zudem wird in einer Stadt immer gebaut und der Viehmarktplatz kann nicht für immer als Bauinstallationsplatz dienen.

Markus van Wijk (FDP) erörtert, dass die FDP grundsätzlich kein Problem mit der Idee und Realisierung einer Insel in der Stadt hat und auch, dass diese zu grossen Teilen mit öffentlichen Geldern mitfinanziert worden ist. Es ist nicht zielführend, verschiedene Projekt gegeneinander auszuspielen. Es stört aber, dass dieser Platz viele Jahr ungenutzt war. Die Argumentation, dass dieser als Baustelleninstallationsplatz dient, überzeugt nicht. Es ist schade, dass der Aspekt von Smart Governance – im Sinne eines Einbezuges der Bevölkerung – nicht stattgefunden hat. Smarte Lösungen sollen in Mitarbeit mit der Bevölkerung zusammen rasch realisiert werden können.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, ist der Meinung, dass das Projekt Stadtgarten der IG Innenstadt eine breit abgestützte Idee ist. Der Stadtrat hat sich deutlich zu diesem Projekt bekennt. Die Initianten haben weiterhin ein Interesse an der Umsetzung des Projekts. Diese haben aber noch keine verbindliche Zusage erhalten. Wenn Leute die Initiative ergreifen, sollen diese ernst genommen werden und Antwort erhalten. Dies fehlt hier. Er fordert den Gemeinderat auf, den Initianten eine verbindliche Auskunft zu erteilen und den Stadtrat zu informieren.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, sagt, dass über die Jahre verschiedene Projekte auf dem Viehmarktplatz Erfolg verzeichnen konnten. Einige Projekt mussten eingestellt werden, weil sie nicht rentierten. Wenn man von der Stadt Unterstützung einfordert, reicht eine Biergartenidee nicht. Es muss ein umfangreiches Projekt eingereicht werden. Betreffend Interessen der Stadt muss eine Abwägung gemacht werden. Er ist der Auffassung, dass nicht bis 2024 oder noch länger gewartet werden soll, bis eine ständige Einrichtung erstellt werden kann. Wenn das Wohnumfeld gestärkt werden soll, ist die Idee des Biergartens fraglich.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, teilt die Einschätzung, dass das Kunstprojekt bei der Bevölkerung gut angekommen ist. Begrüssenswert ist, wie schnell und unbürokratisch dieses Vorhaben umgesetzt werden konnte. Hervorzuheben ist die hervorragende Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen. Dieses Beispiel zeigt auf, dass die Zusammenarbeit funktionieren kann, wenn dasselbe Ziel angestrebt wird. Dies könnte auch bei dem Projekt Stadtgarten so umgesetzt werden. Die Planung des Projektes ist bereits weit vorangeschritten. Der Stadtrat findet das Projekt ansprechend. Die Initiant*innen möchten das Projekt nicht als Zwischennutzung, sondern als fixe Installation realisieren. Es handelt sich bei dem Projekt nicht einfach nur um einen Biergarten. Die Initiant*innen sind verunsichert, weil sie zuerst ein positives Echo von der Stadt erhalten haben und nun den Medien gegenteilige Aussagen zu entnehmen waren. Die Initiant*innen wollten, dass es ein Ort des Verweilens wird. Der Platz soll begrünt werden und Möglichkeiten zum Sport bieten. Die Nutzung des Platzes als Bauinstallationsplatz ist unverständlich, da eine Projektierung so für Jahre verunmöglicht wird.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/BDP**, teilt mit, dass ihr das Projekt persönlich gefiel und sie begrüsst, dass die Bäume weiterverwendet werden. Aus ihrer Sicht sollte man einen Schritt zurück machen. Es werden zwei Geschäfte vermischt. Zum einen das vorübergehende Kunstprojekt und das langfristige Projekt des Stadtgartens. Das vorübergehende Projekt tut aber dem langfristigen Projekt keinen Abbruch. Der Stadtrat hat sich bereits positiv gegenüber dem Projekt der IG Innenstadt geäußert. Es soll eine zwischenzeitliche Nutzung ermöglicht werden, bis die planungsrechtlichen Bedingungen gegeben sind, damit eine definitive Installation erstellt werden kann. Zu diesem Zeitpunkt wird zu diskutieren sein, ob man den Bauinstallationsplatz weiterhin erhalten muss.

Gemeinderat Konrad Hädener entschuldigt sich, falls seine Aussagen zu Missverständnissen geführt haben. Die Aussage war, dass ein Projekt zündend und tragfähig sein muss. Die Idee der IG Innenstadt ist nicht in Frage gestellt, aber auch noch nicht umsetzbar. Damit sich diese konkretisieren kann, braucht es noch einiges. Es braucht detaillierte Pläne, die man der Baubewilligungsbehörde vorlegen kann. Die Kosten müssten mit einer Genauigkeit von plus minus 10 % ausgewiesen werden können. Wenn Kredite gesprochen werden, muss darüber je nach dem auch der Stadtrat entscheiden. Auch ein Betriebskonzept müsste eingereicht werden, welches die vorhandenen Risiken aufzeigt. Zudem muss ein politischer Konsens gegeben sein, schon nur betreffend die geplante Zeitdauer des Projekts. Nach den heutigen Voten ist unklar, ob dieser bereits vorliegt. Die Tragfähigkeit und kommerzielle Aspekt müssen erhärtet und dargelegt werden. Es sind noch viele Fragen offen. Die Idee hat das Potential, zündend und tragfähig zu sein, jedoch ist dies nicht erwiesen. Auch der Gemeinderat geht davon aus, dass die Idee intakt ist. Der Stillstand erfolgte nicht wegen der Stadt, sondern es liegt nun an den Initianten. Es liegt ein Schreiben der Initianten vor, in welchem sie erklären, dass sie von einer Zwischennutzung absehen und die Kopplung an die Zonenplanänderung planen. Die Diskussion betreffend Installationsplätze kann diesbezüglich aufgeschoben werden. Der Anspruch, dass es eine feste Installation sein soll, bedingt eine Verbindung mit

der Ortsplanungsrevision. Dies heisst nicht, dass das Projekt ruhen muss. Dies darf weiterentwickelt werden. Es ist zu klären, an wem es ist. Der Gemeinderat wird sich mit diesen Themen befassen und mit der IG Innerstadt versuchen, dies zu klären. Betreffend Frage der Gleichbehandlung ist darauf hinzuweisen, dass auch weitere Objekte von anderen Organisationen bei der Stadt eingelagert werden konnten, wenn es Vorhaben betroffen hat, die der Belebung der Innenstadt dienten.

113. Fragestunde F 20/2020 betreffend fehlende Tempo 30-Signalisation in der Freienhofgasse

Franz Schori (SP) vom 20. Oktober 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 20/2020 wird schriftlich beantwortet.

114. Dringliche Interpellation betreffend Einbahnverkehr Freienhofgasse – Lauitor und Sternenplatz – Guisanplatz

Fraktion SVP vom 22. Oktober 2020; Dringlichkeitsbeschluss

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, teilt mit, dass sich die Dringlichkeit dadurch ergibt, dass die nächsten beiden Verkehrsforen voraussichtlich bereits am 11. November 2020 und 27. Januar 2021 stattfinden. Anlässlich dieser Foren könnten die Antworten auf die hier gestellten Fragen dienlich sein.

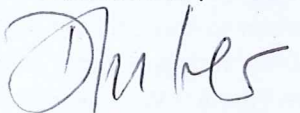
Der Gemeinderat widersetzt sich der Dringlichkeit nicht.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit mehrheitlich an.

Eingänge

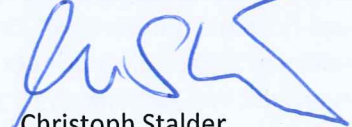
- Dringliche Interpellation betreffend Einbahnverkehr Freienhofgasse – Lauitor und Sternenplatz – Guisanplatz; Fraktion SVP vom 22. Oktober 2020
- Motion betreffend Erarbeitung einer Bildungsstrategie für die Stadt Thun; Fraktionen EVP+EDU+CVP, glp/BDP, Grüne/JG und SP vom 22. Oktober 2020
- Postulat betreffend Realisierung einer Jugendherberge/Hostel auf dem Areal der Schadaugärtnerei; Fraktion EVP+EDU+CVP vom 22. Oktober 2020

Die Stadtratspräsidentin



Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder